

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Inhalt:	Seite	Seite
Die Streiks nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik	797	Mitteilungen. Für die Verbandsexpeditionen. — Für die Leiter des „Corr.-Bl.“
Lohnbewegungen und Streiks. Zum Kampf im Eisenindustrie	802	Hierzu: Inhaltsverzeichnisse für „Correspondenzblatt“ und Anhang 1911.
Aus Unternehmerkreisen. Aus der Hauptstelle deutsche Arbeitgeberverbände	803	

Die Streiks nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik.

Es ist eine feststehende und auch in weitesten Kreisen bekannte Tatsache, daß die amtliche Statistik über die Streiks und Aussperrungen im Deutschen Reich als zuverlässige Grundlage für die Beurteilung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft nicht angesehen werden kann. Daß auf diesem Gebiete die amtliche Statistik versagt, ist allerdings der weittragenden Bedeutung, welche das Ringen zwischen den Arbeitern und dem Unternehmertum für die gesamte Volkswirtschaft besitzt, ungemein bedauerlich. Die Ursachen dieser Erscheinung sind von uns schon des öfteren hervorgehoben worden. Im wesentlichen beruhen sie darin, daß die amtliche Streikstatistik sich nicht darauf beschränkt, wichtige Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete der wissenschaftlichen Erkenntnis zu erschließen, sondern auch durch ihre Ausdehnung auf die Feststellung der Zahl der „Streikvergehen“ und „Kontraktbrüche“ der Arbeiter, sich bemüht, den Schermachern Waffen zur Bekämpfung des Koalitionsrechts zu liefern.

Durch ihren ausgesprochenen arbeiterfeindlichen Charakter ist die Mitwirkung der Gewerkschaften beim Zustandekommen der amtlichen Streikstatistik ausgeschlossen. Allerdings zum Schaden der Wissenschaft, denn gerade die Gewerkschaften sind als Träger der Arbeitskämpfe am ehesten dazu berufen, über die Ursachen, den Umfang und Erfolg der Streikbewegungen zuverlässige Angaben zu machen. In Ermangelung dieser notwendigen Mitarbeit der Gewerkschaften stützt sich das Material der amtlichen Statistik ganz einseitig auf die nach eigenem subjektiven Ermessen gemachten Bekundungen der bei den Kämpfen in Mitleidenschaft gezogenen Unternehmer, also solcher Personen, die als die natürlichen Gegner der Arbeiterbewegung anzusehen sind und von denen deshalb einwandfreie Angaben kaum erwartet werden können. Auch die Polizeistellen, welche bei dem Zusammenbringen des Materials mitzuwirken haben, sind für eine solche Aufgabe durchaus ungeeignet. Sind doch gerade sie dazu berufen, bei einem Streik die lieben Arbeitswilligen des bedrängten Unternehmers vor den „irrvollen Ausschreitungen“ der Streikenden zu schützen und die Ordnung im „polizeitechnischen“

Sinne aufrechtzuerhalten. Eine solche liebevolle Anteilnahme an den Interessen des Unternehmertums muß bei diesen Beamten geradezu die Meinung erwecken, daß jedes solidarische Zusammengehen der Arbeiter zur Wahrung ihrer Lebensinteressen eigentlich eine polizeiwidrige Handlung sei, die zum geduldet werden dürfte. Eine solche Anschauung befähigt nicht zur objektiven Beurteilung der Arbeitskämpfe, sie läßt vielmehr die Gewißheit zu, daß die statistische Mitarbeit solcher Behörden von dem gleichen polizeilichen Geiste geleitet ist. Bis zum Jahre 1905 zählte die amtliche Statistik die von ihr bearbeiteten Streiks und Aussperrungen im einzelnen auf unter Anführung der Orte und Gewerte, in welchen sie stattgefunden, der Daten über Beginn und Beendigung derselben und den Zahlen der daran beteiligten gewesenen Personen. Durch diese speziellen Nachweisungen war es möglich, nachzuprüfen, inwieweit die von den Centralverbänden registrierten Kämpfe der behördlichen Feststellung entgangen waren. Die ermittelten Resultate mußten das Vertrauen zu der amtlichen Statistik schwer erschüttern. Wie die nachfolgende Uebersicht ausweist, entgingen derselben in jedem Jahre eine recht erhebliche Anzahl der von den Centralverbänden geführten Kämpfe.

Jahr	Es fehlten Streiks und Aussperrungen in der			
	amtlichen Statistik Kämpfe	Beteiligte	gewerksch. Statistik Kämpfe	Beteiligte
1901	316	6 243	559	20 012
1902	314	5 888	461	19 512
1903	387	8 120	516	12 675
1904	481	9 505	743	34 459
1905	587	13 020	822	43 571
Summa	2 085	42 776	3 101	137 229
1906	257	?	?	?
1907	441	?	356	?
Summa	2 783			

Tabelle 1.
Gegenüberstellung der Streiks und Aussperrungen nach der gewerkschaftlichen und der amtlichen Streikstatistik 1910, geordnet nach Staaten und Landesteilen.

Staaten und Landesteile	Beendete Angriff- und Abwehrstreiks								Beendete Aussperrungen							
	Zahl der Streiks nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik		Zahl der an den Streiks beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik		Zahl der Aussperrungen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik		Zahl der an den Aussperrungen beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik	
	gewerkschaftl. Statistik	amtlich	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtlich	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtlich	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtlich	+	-
Provinz Ostpreußen . . .	15	16	1	—	311	1084	773	—	12	12	—	—	1747	2448	701	—
„ Westpreußen . . .	23	18	—	5	476	724	248	—	19	26	7	—	2924	3144	220	—
Stadt Berlin . . .	393	221	—	182	18140	15511	—	2629	9	1	—	8	978	21	—	957
Provinz Brandenburg . . .	199	162	—	37	7939	7832	—	107	33	25	—	8	4007	3592	—	415
„ Pommern . . .	55	49	—	6	2756	5097	2341	—	29	19	—	10	11325	8392	—	2933
„ Posen . . .	14	24	10	—	427	1875	1448	—	29	52	23	—	3693	5332	1639	—
„ Schlesiens . . .	97	90	—	7	4950	6661	1711	—	55	56	1	—	12228	11582	—	646
„ Sachsen . . .	131	122	—	9	5435	7558	2123	—	68	58	—	10	10861	8702	—	2159
„ Schlesw.-Holst. . .	55	62	7	—	1418	4540	3122	—	64	60	—	4	15361	8169	—	7192
„ Hannover . . .	77	111	44	—	4539	7094	2555	—	78	70	—	8	9555	13227	3672	—
„ Westfalen . . .	74	78	4	—	5796	6002	206	—	74	193	119	—	31654	36290	4636	—
„ Hessen-Nassau . . .	64	65	1	—	6121	6272	151	—	20	29	9	—	7967	7468	—	499
„ Rheinland . . .	144	178	29	—	7267	9747	2480	—	64	63	—	1	14656	20982	6326	—
„ Hohenzollern . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Preußen . . .	1341	1191	—	149	65575	79997	14422	—	554	664	110	—	126956	129349	2353	—
Bayern . . .	232	260	28	—	18457	19005	548	—	78	76	—	2	18709	18239	—	470
Sachsen . . .	221	258	37	—	14936	23354	8418	—	106	90	—	16	27117	28341	1224	—
„ Bürttemberg . . .	55	52	—	3	3521	3223	—	298	20	18	—	2	6231	5035	—	1196
Baden . . .	29	33	4	—	3525	1466	—	2059	17	26	9	—	12178	4754	—	7424
Hessen . . .	44	36	—	8	1636	1462	—	174	17	31	14	—	2583	3744	1161	—
„ Mecklenburg-Schwerin . . .	13	11	—	2	465	1139	674	—	56	55	—	1	5423	4667	—	756
„ Großherzogtum Sachsen . . .	16	15	—	1	306	630	324	—	7	15	8	—	1481	1670	189	—
„ Mecklenburg-Strelitz . . .	2	1	—	1	32	16	—	16	7	24	17	—	622	816	194	—
Oldenburg . . .	12	15	3	—	928	1336	408	—	19	27	8	—	1582	1960	378	—
Braunschweig . . .	13	18	5	—	434	42	—	6	22	20	—	2	2176	2248	72	—
Sachsen-Meiningen . . .	9	5	—	4	177	142	—	35	7	11	4	—	595	468	—	127
Sachsen-Altenburg . . .	11	11	—	—	721	545	—	176	7	9	2	—	880	929	49	—
Sachsen-Coburg-Gotha . . .	11	8	—	3	240	248	8	—	5	13	8	—	556	711	155	—
Anhalt . . .	10	10	—	—	277	262	—	15	4	2	—	2	83	155	72	—
Schwarzb.-Sondershausen . . .	6	8	—	3	301	295	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwarzburg-Rudolstadt . . .	4	2	—	2	178	146	—	32	2	4	2	—	149	149	—	—
Waldeck . . .	2	1	—	1	103	132	29	—	1	1	—	—	28	99	71	—
„ Neuß älterer Linie . . .	1	5	4	—	38	81	43	—	1	1	—	—	390	408	18	—
„ Neuß jüngerer Linie . . .	11	11	—	—	332	841	509	—	5	4	—	1	1078	993	—	85
Schaumburg-Lippe . . .	—	1	1	—	—	8	—	—	—	1	1	—	—	49	49	—
Lippe . . .	5	8	3	—	104	196	92	—	1	—	—	1	39	—	—	39
Lübeck . . .	2	2	—	—	49	644	595	—	3	2	—	1	2400	1749	—	651
Bremen . . .	45	21	—	24	2684	3695	1011	—	10	4	—	6	7905	2161	—	5744
Hamburg . . .	56	96	40	—	19955	14496	—	5459	7	4	—	3	974	727	—	247
„ Elb-Lothringen . . .	22	39	17	—	1446	1893	447	—	8	13	5	—	3382	4708	1326	—
Deutsches Reich	2173	2113	—	60	136420	155680	19260	—	964	1115	151	—	223517	214129	—	9388

Anmerkungen zur Tabelle 1 und 2. Ein in Luxemburg vom Verband der Tabakarbeiter geführter Abwehrstreik, an welchem 67 Personen beteiligt waren, ist beim Vergleich ausgeschlossen worden. Ferner mußten beim Vergleich 984 an Streiks und 329 an Aussperrungen beteiligte Personen ausgeschlossen werden. Diese Personen sind von 3 Verbänden ohne Bezeichnung der Streikorte „als an den Kämpfen anderer Verbände beteiligt gewesen“ registriert worden.

aufführt und demnach wohl sehr häufig für mehrere Aussperrungsorte, welche die amtliche Erhebung gesondert zählte, nur einen Aussperrungsausfall registrierte. Es kann auch noch zugunsten der amtlichen Statistik angenommen werden, daß die weitgehende Bedeutung des centralen Bauarbeiterkampfes die Behörden an den einzelnen Orten zu besonderen

Umfragen bei den Arbeitgebern des Baugewerbes über vorgenommene Aussperrungen veranlaßte, wodurch dann genauere Feststellungen über die Zahl derselben ermöglicht wurden.

In der Tabelle 1 sind die Streiks und Aussperrungen der amtlichen und gewerkschaftlichen Statistik nach Staaten und Landesteilen und in der

Von 1901 bis 1905 belief sich die Zahl der von der amtlichen Statistik nicht erfaßten Kämpfe auf 2085, an denen insgesamt 42 776 Personen beteiligt gewesen waren.

Jeder vernünftige Urteilende wird nun der Meinung sein, daß angesichts solcher Feststellungen die maßgebenden Stellen sich bemüht hätten, die Ergebnisse der Statistik zuverlässiger zu gestalten, indem man die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften erfüllte und damit ihre Mitwirkung bei den Erhebungen ermöglichte. Doch weit gefehlt! Eine solche vernünftige Handlung widerstrebt eben den scharfmacherischen Interessen des Centralverbandes der Industriellen, und darum mußte sie unterbleiben. Aber man war sich doch an maßgebender Stelle klar darüber, daß etwas geschehen müsse, um die ständig nachgewiesene Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik zu beseitigen. Und da eine vernünftige Lösung nicht erstrebt werden durfte, so versiel man auf ein ebenso einfaches wie probates Mittel, um diese Wirkung zu erzielen. Man „vereinfachte“ die Statistik so weit, daß Vergleiche zur Prüfung ihrer Zuverlässigkeit unmöglich wurden. Damit war nun das erstrebte Ziel erreicht. Kann man die Unvollständigkeit der amtlichen Streikstatistik nicht mehr nachweisen, so kann auch ihre Richtigkeit nicht mehr angezweifelt werden.

Schon für das Jahr 1906 wurde ein Vergleich durch die Fortlassung der Daten über Beginn und Beendigung aus dem Verzeichnis der Streiks erschwert. Doch war es noch möglich nachzuweisen, daß in der amtlichen Statistik 257 Kämpfe fehlten. Darauf erfolgte sodann im Jahre 1907 der vollständige Fortfall dieser Einzelnachweisungen, welcher von dem R.-St.-Amt mit folgenden charakteristischen Ausführungen angemerkt wurde:

„Die besondere Aufführung der einzelnen Streiks und Aussperrungen ist in Wegfall gekommen, teils aus sachlichen, teils aus finanziellen Gründen. Aufgabe der Reichsstatistik ist nicht die Zusammenfassung des Rohmaterials, sondern die Zusammenfassung zum zahlenmäßigen Gesamtbild. Die Wissenschaft hat bisher die Aufführung der einzelnen Streiks in keiner Weise verwertet. Vielmehr dient diese Aufführung in der Hauptsache nur zur Durchführung des Vergleichs mit der gewerkschaftlichen Statistik, ein Vergleich, der wegen der Verschiedenheit der Gesichtspunkte bei Aufstellung der Erhebungsformulare der amtlichen und der privaten Streikstatistik zu einem brauchbaren Ergebnis nicht führen kann.“

Ganz vollständig war die Vergleichsmöglichkeit aber immer noch nicht beseitigt. Das Tabellenwerk für das Jahr 1907 enthielt noch zwei Tabellen, aus welchen die Zahl der fehlenden Streiks und Aussperrungen noch annähernd genau auf 441 beziffert werden konnte; 1908 waren jedoch auch diese Tabellen verschwunden.

Ist nun auch durch die erfolgte „Vereinfachung“ uns die Möglichkeit genommen, die amtliche Statistik auf ihre Vollständigkeit hin zu prüfen, so wird man uns doch nicht hindern können, die Mängel derselben nach wie vor aufzuzeigen. Wir sind es uns und der Wissenschaft schuldig, der unter dem Siegel

der amtlichen Autorität erfolgenden Irreführung der öffentlichen Meinung durch unzuverlässige statistische Darstellungen nach Kräften entgegenzuwirken. Wir haben dazu um so mehr Veranlassung, als die Tatsachen erkennen lassen, daß, nachdem die amtliche Statistik der Kontrolle entzogen wurde, sich ihre Unvollständigkeit noch erheblich gesteigert haben muß. Würden von derselben alle in Deutschland stattfindenden Streiks und Aussperrungen erfaßt, so müßte sie mehr Kämpfe nachweisen, als die Centralverbände hatten, da angenommen werden kann, daß außer diesen auch noch andere gewerkschaftliche Organisationen selbständig Kämpfe führten. Das war auch bis 1906 der Fall. Von da ab trat plötzlich das Gegenteil hervor. Wie aus der untenstehenden Statistik ersichtlich ist, zählte die amtliche Statistik in den Jahren 1907: 88, 1908: 445 und 1909: 311 Kämpfe weniger als die Centralverbände verzeichneten.

Jahr	Amtliche Statistik				Gewerkschaftliche Statistik ¹				Die amtliche Statistik weicht um ... von der Gewerkschaftlichen ab
	Streiks	Aussperrungen	Mit-Aussperrungen	Kämpfe insgesamt	Streiks	Aussperrungen	Mit-Aussperrungen	Kämpfe insgesamt	
1901	1056	35	26	1117	674	33	2	709	408
1902	1060	46	29	1235	789	44	12	845	290
1903	1374	70	25	1469	1183	74	4	1261	208
1904	1870	120	—	1990	1475	100	—	1575	415
1905	2403	254	18	2675	2030	237	6	2273	402
1906	3328	298	58	3684	3008	346	64	3118	266
1907	2266	246	47	2559	2351	265	25	2641	88
1908	1347	177	46	1570	1764	225	26	2015	446
1909	1537	115	31	1683	1795	174	25	1994	311
19 0	2113	1115	—	3228	2173	964	—	3137	991
Ca.	18354	2476	280	21110	17242	2462	164	19868	2040

¹ Es sind nur die am Schlusse des jeweiligen Berichtsjahres beobachteten Kämpfe aufgenommen.

² Darunter 3 Aussperrungen wegen Märzfeier.

In der Auscheidung doppelt gezählter Kämpfe ist bei den Centralverbänden seit 1906 keine Änderung eingetreten; es wurde dabei stets nach den gleichen Grundfragen verfahren und immer die gleiche Methode angewandt. Es bleibt deshalb für diese Erscheinung nur die eine Erklärung übrig, daß nach 1906 die Polizeibehörden die Feststellungen über stattgefundene Streiks und Aussperrungen noch viel lauer betrieben als vor dieser Zeit.

Das Jahr 1910 bietet nun anscheinend wieder ein anderes Bild behördlicher Feststellungen. Die amtliche Statistik verzeichnet diesmal 91 Kämpfe mehr als die gewerkschaftliche. Dieses Ergebnis kann nur mit großer Vorsicht als ein Anzeichen einer größeren Vollständigkeit bewertet werden. Eine nähere Prüfung der Sache berechtigt noch keineswegs zu solcher kühnen Hoffnung. Es ergibt sich dabei, daß dieses Mehr an Kämpfen nur auf die Aussperrungen entfällt, während die Zahl der Streiks wieder hinter der der gewerkschaftlichen Statistik zurückbleibt. Es zählt:

Die gewerksch. Statistik	2173 Streiks und	964 Aussperrungen
„ amtliche „	2113 „	1115 „

Die amtliche Statistik zählt 60 Streiks — und 151 Aussperr. +

Dieses Mehr an Aussperrungen ist ausschließlich auf das Baugewerbe zurückzuführen. Hier zählen die Centralverbände 847 Aussperrungen, während die amtliche Statistik 1016, also 169 mehr aufweist. Dabei ist nun zu berücksichtigen, daß der Verband der Maurer seine Kämpfe nach Lohngebieten

moder aller Grade ist es aber eine herrliche Sache, geküßt auf „amtliche Zahlen“, nachweisen zu können, „daß die Unternehmer eigentlich die friedliebendsten Menschen von der Welt“ sind, insofern Streiks wegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu den Ausnahmen gehören, die kaum in Frage kommen gegenüber der großen Zahl von wirtschaftlichen Kämpfen, welche wegen „maßloser Forderungen“ der Arbeiter ausbrechen. Man begreift die Scheu des Unternehmertums vor der Mitarbeit der Gewerkschaften bei der amtlichen Streitstatistik. Eine solche Umfälschung von Abwehrstreiks in Angriffsbewegungen wäre dann schlechterdings nicht mehr möglich.

Der Gewerkschaftsstatistik kann dagegen bezüglich ihrer Angaben über die Ursachen der Streiks volles Vertrauen entgegengebracht werden. Von den Centralverbänden wird nach den Ursachen der Arbeitsstreitigkeiten genau zwischen Angriff- und Abwehrstreiks unterschieden. Und wenn wirklich an Kämpfen beteiligte Arbeiter geneigt sein mögen, eine subjektiv falsche Darstellung der Ursachen zu geben, so wird doch durch die Organisationsvertreter dafür gesorgt, daß eine objektive Feststellung der Streitursachen stattfindet.

Ähnlich liegt es mit den Angaben über den Ausgang der Streiks. Es soll zugegeben werden, daß die Ansichten darüber, ob die Arbeiter bei einem Streik vollen oder nur teilweisen Erfolg erzielen, auseinandergehen können. Jedoch kann es wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit über den Begriff eines für die Arbeiter erfolglosen Streiks geben. Die amtliche Statistik weist nun stets einen viel höheren Prozentsatz erfolgloser Streiks aus, als es bei der gewerkschaftlichen der Fall ist. Für 1910 kommen nach der amtlichen Feststellung auf je 100 Streiks 72 erfolglose; die gewerkschaftliche Statistik verzeichnet dagegen auf je 100 nur 18,0 erfolglose Streiks.

Eine teilweise Erklärung findet das für die Arbeiter ungünstigere Ergebnis der amtlichen Statistik wohl in dem Umstand, daß ein erheblicher Teil Streiks der amtlichen Feststellung entgeht. Es wird sich dabei in der Regel um solche handeln, die nach Streich sehr rasch ihre Erledigung finden. Diese entgehen aber fast durchweg erfolgreich für die Arbeiter, was schon durch ihre kurze Dauer bewiesen wird. Sodann muß aber auch hierbei mit der Tatsache gerechnet werden, daß die Unternehmer bei der Beurteilung leicht dazu neigen werden, die Erfolge der Arbeiter zu verkleinern bzw. ihr Vorgehen als erfolglos zu bezeichnen. Eine irrtümliche Beantwortung wird besonders in solchen Fällen erfolgen, wo die Arbeiter zwar bei ihren Hauptforderungen nichts erreichten, dagegen für die Besserung der Arbeitsbedingungen beträchtliche Nebenforderungen durchsetzten. Übrigens besteht zwischen dem für die Arbeiter ungünstigeren Ergebnis der amtlichen Statistik und den sonstigen Auslassungen der Unternehmer ein starker Widerspruch. Wie beweglich weiß nicht das Unternehmertum darüber zu klagen, welche hohe Mehrbelastung ihm durch die ständigen Bewegungen der Arbeiterschaft auferlegt wird; Lasten, die, wenn man den Klagen Glauben beimessen könnte, so manches Mal den wirtschaftlichen Ruin eines Unternehmers herbeiführen müßten.

Die amtliche Statistik hat jedoch nicht nur eine Vereinfachung, sondern auch in ihrer Bearbeitung eine Erweiterung erfahren. Eigentümlicherweise betrifft diese gerade diejenigen Fragen, welche nach

Ansicht der Gewerkschaften mit einer Streitstatistik nichts zu tun haben, und zwar die Kennzeichnungen über „Streitvergehen“ und „Vertragsbruch“. Vielleicht sollen die Gewerkschaften dadurch belehrt werden, daß amtlicherseits auf die Behandlung dieser Fragen besonderer Wert gelegt wird und auf eine „Vereinfachung“ der Statistik durch Fortlassung dieser Erhebungen nicht zu rechnen ist. Man begnügt sich jetzt nicht mehr mit der Aufzählung nackter Zahlen, sondern knüpft daran prozentuale Berechnungen, um nachzuweisen, in welchen Gewerbegruppen die Arbeiter besonders zu „Gesetzwidrigkeiten neigen“. Für das Berichtsjahr wird festgestellt, daß die Zahl der Vertragsbrüchigen gegen 1909 abgenommen habe, und zwar von 31,4 auf 21,8 Proz.

In den einzelnen Jahren waren nach der amtlichen Statistik von den Streikenden vertragsbrüchig:

1901	23,2	Proz.	1905	64,1	Proz.	1909	31,4	Proz.
1902	25,9	"	1906	32,5	"	1910	21,8	"
1903	22,2	"	1907	26,2	"			
1904	19,1	"	1908	30,1	"			

Der Prozentsatz des Jahres 1905 wird beeinflusst durch die 209 299 ureitenden Hilfslohnarbeiter, welche sämtlich als vertragsbrüchig bezeichnet werden.

Geschieden nach dem Alter von über und unter 21 Jahren ergibt sich für die einzelnen Gewerbegruppen folgendes Verhältnis der Vertragsbrüchigen.

	Vertragsbrüchige	
	über 21 Jahr	unter 21 Jahr
	Proz.	Proz.
Verkehrsgewerbe	97,1	2,6
Handelsgewerbe	96,7	3,3
Baugewerbe	92,3	7,7
Industrie der Maschinen usw.	87,6	12,4
„ „ Steine und Erden	84,3	15,7
„ „ Holz- und Schnitzstoffe	81,6	18,4
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	79,5	20,5
Industrie der Nahrungs- u. Genussmittel	77,6	22,4
Metallverarbeitung	73,1	26,9
Textilindustrie	67,7	32,3
Bekleidungsindustrie	56,9	43,1

Jedemwelche Beweiskraft haben solche Zahlenaufmachungen nicht. Solche Rechtsfragen, wie die der Vertragsbrüche, müssen eben, gemessen an dem Maßstab wirtschaftlicher Kämpfe, eine andere Beurteilung finden, als es sonst bei Einzelercheinungen im alltäglichen Erwerbsleben geschieht. Das R.-St.-A. hat auch früher selbst wiederholt auf die Unzulänglichkeit dieses Zahlenmaterials hingewiesen.

Eine gleiche Bewertung verdient das Material, welches die amtliche Statistik über die „Streitvergehen“ zur Anschauung bringt. Hierbei handelt es sich um die Feststellung der Streitfälle, bei welchen Polizei und Staatsanwaltschaft zum Einschreiten veranlaßt wurden. Inwieweit dieses „Einschreiten“ durch strafrechtliche Handlungen notwendig wurde, in wieviel Fällen wirklich Verurteilungen erfolgten, ist aus diesen Zahlen nicht zu ersehen. Was soll also mit solchem Material eigentlich bewiesen werden? — Vielleicht das eine: „In welchem hohen Maße streikende Arbeiter bei der Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes unter den Drangsalierungen der Polizei und deren Schützlinge, den Arbeitswilligen, zu leiden haben!“ — Das Einschreiten der Polizei wird doch in den meisten Fällen nicht durch ungesetzliche Handlungen der Streikenden hervorgerufen, sondern steht ja in dem Belieben der

Tabelle 2.
Gegenüberstellung der Streiks und Aussperrungen nach der gewerkschaftlichen und der amtlichen Streikstatistik 1910, geordnet nach Gewerbegruppen.

Nummer des amtlichen Gewerbezeichnisses	Gewerbegruppen	Beendete Angriff- und Abwehrstreiks						Beendete Aussperrungen									
		Zahl der Streiks nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftl. Statistik		Zahl der an den Streiks beteiligten Personen nach der		Zahl der Aussperrungen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftl. Statistik		Zahl der an den Aussperrungen beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftl. Statistik			
		gewerkschaftl. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtliche Statistik	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtliche Statistik		
I	Kunst u. Handwerksbetriebe	10	13	3	-	648	472	-	176	1	1	-	-	84	55	-	29
II	Ziergärten und Fischerei	1	1	-	1	11	-	-	11	2	-	-	2	100	-	-	100
III	Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	13	2	15	-	3909	5406	1407	-	1	-	-	1	25	-	-	25
IV	Industrie d. Steine u. Erden	90	119	29	-	7374	7636	302	-	16	12	-	4	1106	635	-	471
V	Metallverarbeitung	381	418	34	-	44956	47152	2196	-	48	39	-	9	55857	30178	-	25679
VI	Industrie der Maschinen, Instrumente u. Apparate	23	37	14	-	3236	4061	825	-	-	3	3	-	-	914	914	-
VII	Chemische Industrie	5	6	1	-	183	603	420	-	-	1	1	-	-	14	14	-
VIII	Industrie d. Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle u. Firnisse	51	107	56	-	6185	10578	4193	-	11	9	-	2	3448	2896	-	552
IX	Ferriindustrie	36	38	2	-	3070	2904	-	166	3	3	-	-	91	44	-	47
X	Papierindustrie	61	57	-	4	2454	2668	214	-	4	7	3	-	158	382	224	-
XI	Leerdumme	474	314	-	160	16738	11707	-	5026	14	11	-	3	1275	878	-	397
XII	Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	161	137	-	24	7331	5152	-	2229	8	7	-	1	189	497	308	-
XIII	Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	148	144	-	4	11332	9890	-	1442	5	5	-	-	3732	4226	104	-
XIV	Textilgewerbe	29	16	-	13	656	589	-	67	2	-	-	2	46	-	-	46
XV	Reinigungsgewerbe	499	503	7	-	17747	35556	17809	-	847	1016	169	-	157353	173405	16652	-
XVI	Baugewerbe	42	28	-	14	2017	1196	-	821	1	-	-	1	39	-	-	39
XVII	Photographische Gewerbe	2	2	-	-	111	111	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
XVIII	Künsterliche Gewerbe	147	146	-	1	9557	9577	20	-	1	1	-	-	14	35	21	-
XIX	Handelsgewerbe	8	6	-	2	621	285	-	336	-	-	-	-	-	-	-	-
XXI	Verkehrsgewerbe	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
XXII	Gast- u. Schankwirtschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
XXIII	Musik-, Theater- u. Schaustellungs-gewerbe	-	-	-	-	-	37	37	37	-	-	-	-	-	-	-	-
Summa		2173	2113	60	136420	155680	10260	-	964	1115	151	-	23517	21120	-	1000	-

Tabelle 2 nach Gewerbegruppen gegenübergestellt worden. Ein Vergleich ergibt die große Lückenhaftigkeit der amtlichen Statistik. Sie weist für 28 Bezirke weniger Streiks bzw. Aussperrungen nach als die gewerkschaftliche Statistik. Besonders auffällig ist das Resultat für Berlin und die Provinz Brandenburg, wo die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik 235 Kämpfe weniger zählt. Aus der Tabelle 2 ist ersichtlich, daß die amtliche Statistik in 12 Gewerbegruppen weniger Kämpfe aufzählt, wobei berücksichtigt werden muß, daß bei unserer Gruppierung die Gruppen V und VI und die Gruppen XIX und XXI zu je einer Gruppe vereinigt wurden. Den größten Ausfall an Kämpfen, und zwar 163, weist die amtliche Statistik bei der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe auf.

Bei den Angaben über die Art und den Ausgang der Streiks tritt der dem Unternehmertum Rechnung tragende Charakter der amtlichen Streikstatistik besonders sinnenfällig zutage. Wie stark darin ihre Angaben von denen der gewerkschaftlichen Statistik abweichen, geht aus der folgenden Gegenüberstellung der Zahlen beider Statistiken für das Jahr 1910 hervor.

Am 1. Januar 1911 beendete Kämpfe	Angriff-Streiks	Abwehr-Streiks	Aussperrungen	Kämpfe insgesamt
Nach d. gewerkschaftl. Statistik	1355	818	964	3137
Nach der amtlichen Statistik	1977	136	1115	3228
Die amtliche Statistik zählt mehr	622	-	151	-
Die amtliche Stat. zählt weniger	-	682	-	-

Streiks insgesamt	Resultate der beendeten Streiks				
	Absolute Zahl der Fälle		in Prozenten		
	hoher Erfolg	teilweiser Erfolg	kein Erfolg	hoher Erfolg	
Amtliche Statistik	2113	479	998	786	19,8
Gewerkschaftl. Statistik	2173	1381	387	399	63,6

¹ Von 14 Streiks blieb der Ausgang unbekannt.

Betrachten wir die beiderseitigen Angaben über die Art der Streiks, so fällt es sofort auf, daß die amtliche Statistik bedeutend weniger Abwehrstreiks zählt als die gewerkschaftliche. Es kommen auf je 100 Fälle bei der letzteren 37,6, bei der amtlichen Statistik dagegen nur 6,4 Abwehrstreiks. Der „statistische“ Nachweis, daß von je 100 Streiks nur 6,4 der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gedient haben sollen, ist denn doch eine solche offenkundige Umfälschung wahrer Tatsachen, daß er überhaupt nicht ernst genommen werden kann. Wie ein solches Ergebnis zustande kommen kann, ist allerdings leicht zu erklären. Die befragten Unternehmer haben eben ein großes Interesse daran, einen bei ihnen stattgefundenen Arbeitskampf als einen Angriff der Arbeiter darzustellen. So bleiben denn schließlich als Abwehrstreiks nur jene Kämpfe übrig, bei denen das Verschulden der Unternehmer zu offenkundig zutage trat, um in das Gegenteil umgefälscht werden zu können. Für die Scharf-

Beamten. Und wie oft mag wohl die Staatsanwaltschaft „einschreiten“, ohne daß eine Veranlassung vorliegt, vielleicht nur deshalb, weil sich irgendeines der „nützlichen Elemente“ des Unternehmertums, veranlaßt durch ein böses Gewissen, bedroht fühlte! — Nach den polizeilichen Ermittlungen sieht das amtliche Zahlenmaterial über die „Streitvergehen“ folgendermaßen aus:

Von den 2113 im Jahre 1910 zu Ende geführten Streiks beschäftigten 574 = 27,2 Proz. die Polizei und 387 = 18,3 Proz. die Staatsanwaltschaft. Für die 10 Jahre ergeben sich folgende Reihen:

	Polizei	Staatsanwaltschaft
1901	22,3	14,8
1902	23,9	12,8
1903	26,8	17,1
1904	21,6	16,6
1905	22,7	17,7
1906	24,2	17,7
1907	26,3	17,3
1908	25,8	18,8
1909	29,1	19,4
1910	27,2	18,3

In wieviel Fällen in den verschiedenen Gewerbegruppen Polizei und Staatsanwaltschaft Anlaß zum Eingreifen nahmen, ergibt sich aus folgender Aufstellung. Es schritt ein:

	Die Polizei bei Streiks		Die Staatsanwaltschaft bei Streiks	
	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.
Bergbau	8	23,6	5	17,9
Industrie der Steine u. Erden	17	14,3	18	15,1
Metallverarbeitung	63	30,9	40	19,6
Industrie der Maschinen usw.	77	36,0	54	25,2
Textilindustrie	30	28,0	22	20,6
Ind. der Holz- u. Schnitzstoffe	78	24,8	44	14,0
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	43	31,4	27	19,7
Bekleidungsindustrie	20	14,9	11	8,2
Baugewerbe	101	20,9	73	14,4
Handelsgewerbe	34	45,3	21	28,0
Verkehrsgewerbe	24	33,8	21	29,6

So unsinnig wie auch die Zusammentragung eines solchen Materials zum Beweise für Gefährlichkeiten der Arbeiter bei Streiks erscheinen mag, so liegt in dessen Sammlung doch Methode, und wir werden uns sicher nicht mit der Annahme täuschen, daß es berufen sein wird, bei der Begründung des neuen Strafgesetzbuches eine erhebliche Rolle zu spielen.

Zur Ehre gereicht es der deutschen Regierung sicherlich nicht, wenn eine amtliche Statistik, die als Erkenntnisquelle wichtiger Vorgänge auf volkswirtschaftlichem Gebiet dienen soll, gleichzeitig auch dazu ausgestaltet wird, den Gegnern des Koalitionsrechtes Waffen zu dessen Bekämpfung zu liefern. Doch, wir müssen uns nun einmal mit dieser bedauerlichen Tatsache abfinden. Solange im Regierungslager nach den Weisungen der Großindustriellen gehandelt wird, ist auch eine Aenderung der amtlichen statistischen Erhebungen nicht zu erwarten. Mag auch das Ansehen der deutschen Reichsstatistik dadurch Schaden leiden.

Lohnbewegungen und Streiks.

Zum Kampfe im Steindruckgewerbe.

In Nr. 49 des „Correspondenzblattes“ wurde berichtet, daß der Hauptvorstand des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe die Bahn für weitere Verhandlungen über die Beilegung des schweren Lohnkampfes im Lithographie- und Steindruckgewerbe freigemacht habe, indem er sich mit der von den Unternehmervertretern geforderten Ausschaltung des Punktes Arbeitszeit einverstanden erklärte. Eine Gauvertreterkonferenz am 3. Dezember billigte diesen Schritt, von dem erwartet wurde, daß er die Sachlage klären und einwandfrei zeigen müsse, ob dem Unternehmerschutzverbände an einer annehmbaren Regelung der Verhältnisse überhaupt etwas gelegen sei oder nicht. Die neuen Verhandlungen haben dann auch am 7. Dezember im Berliner Papierhaufe stattgefunden. Sie sind aber wiederum gescheitert, da an die Arbeitergemeinschaft Zumutungen gestellt wurden, die als absolut unannehmbar zurückgewiesen werden mußten. Der Schutzverband der Steindrucknehmer steht also abermals als der Schuldige am Pranger! Er hat den Friedensschluß im Gewerbe von neuem hintertrieben. In dieser Beziehung haben die Verhandlungen vom 7. Dezember reißlose Klarheit geschaffen.

Wenn die Leitung der Gehilfenorganisation das vom Schutzverbände gegen die weiteren Verhandlungen aufgetürmte Hindernis aus dem Wege räumte und bereit war, sich mit der von den Unternehmern vorgeschlagenen 53stündigen Arbeitswoche abzufinden, sofern in den übrigen wichtigen Punkten der Gehilfenvorlage befriedigende Zugeständnisse gemacht würden, so tat sie es einzig und allein, weil sie sich nicht der gleichen Halsstarrigkeit schuldig machen wollte wie die Leitung des Unternehmerschutzverbandes. Sie glaubte das im Interesse des Gewerbes nicht verantworten zu können, und sie wollte nicht mitschuldig daran werden, daß der Weg zu einer Einigung auch fernerhin verrammelt bleibt. Die Unternehmer aber hielten diese lokale Beseitigung des Hindernisses, das ihre Organisation dem Friedensschluß im Gewerbe entgegensetzt hatte, für ein Zeichen der Schwäche. Als „Herren der Situation“ glaubten sie der Gehilfenchaft ihren Willen aufzwingen zu können, um jedoch bald darauf erfahren zu müssen, daß sie aus dem Entgegenkommen der Arbeiter durchaus falsche Schlüsse gezogen hatten.

Für diese falschen Schlussfolgerungen glaubten sie wahrscheinlich auch in einem anderen Umstand eine Bestätigung zu finden. In einer Reihe von Streit- und Aussperrungsarten steht bekanntlich auch das Steindruckereihilfspersonal mit den gelehrten Arbeitern Schulter an Schulter im Kampfe. Der Schutzverband lehnte es jedoch ab, auch über die Forderungen der Hilfsarbeiter mit deren Vertretern central zu verhandeln. Da sich die Hilfsarbeiterbewegung von den rund 50 Streit- und Aussperrungsarten der Lithographen und Steindrucker nur auf 12 erstreckt, verzichtete der Hilfsarbeiterverband ohne weiteres auf centrale Verhandlungen mit dem Schutzverbände, um mit allem Nachdruck eine Regelung der Hilfsarbeiterverhältnisse auf lokalem Boden in den 12 in Betracht kommenden Städten durchzuführen. Doch auch diese aus den Verhältnissen durchaus erklärliche Stellungnahme bestärkte die Unternehmer in dem für sie und das

ganze Gewerbe verhängnisvollen Ferkum, die Arbeiter könnten nicht weiter. Der Stamm des Schutzverbandes schwoll noch mehr, und er fühlte sich schon als Sieger in dem Kampfe.

Nur aus diesem geschwollenen Machtzettel ist es zu erklären, daß er die Brücke, die ihm die Gehilfenvertreter in entgegenkommender Weise für den Friedensschluß geschlagen hatten, nicht erkannte und daß er der Gehilfenschaft Zumutungen zu machen wagte, deren einmütige entschiedene Zurückweisung ihm bald darauf von seinem verkrühten Siegestaumel gründlich kurieren sollte. Trotzdem er seine Bereitwilligkeit zu neuen Verhandlungen selbst davon abhängig gemacht hatte, daß dabei der Punkt Arbeitszeit vollständig ausschalten müsse, kam der Schutzverbandsvorsitzende gleich beim Beginn dieser neuen Verhandlungen mit dem Vorschlage heraus, der Bestimmung über die Arbeitszeit eine Fassung zu geben, die er im Laufe der Aussprache wie folgt formulierte:

Die effektive wöchentliche Arbeitszeit beträgt für Stein-drucker (auch für Stereolithographen) 53 Stunden, für Lithographen 48 Stunden. Die Arbeitszeit ist eine effektive, sowohl bei 53 Stunden als auch bei bestehender kürzerer Arbeitszeit. Die Prinzipale haben das Recht, eine bestehende kürzere Arbeitszeit auf 53 Stunden zu erhöhen. Jedoch ist in diesem Falle eine Erhöhung des Wochenlohnes entsprechend der erhöhten Stundenzahl herbeizuführen. Ein- und Auslaufen, An- und Auskleiden, Waschen usw. hat außerhalb der Arbeitszeit zu geschehen. Dem Prinzipal steht das Recht auf Einführung von Kontrollapparaten und -einrichtungen zu. Der Einföhrung und Benutzung derselben dürfen keine Schwierigkeiten bereitet werden."

Dieser Vorschlag bezweckt eine bedeutende Verschlechterung der Arbeitszeitverhältnisse. So ist z. B. vor Schluß der Arbeitszeit mittags und abends eine Waschzeit von 5 bis 15 Minuten fast allgemein eingeföhrt. Allein die Ausschaltung dieser Waschzeit würde also einer Arbeitszeitverlängerung um eine bis drei Stunden wöchentlich gleichkommen! Eine Verlängerung der Arbeitszeit soll auch dort eintreten, wo schon jetzt eine kürzere als die 53- oder 48stündige Arbeitswoche besteht. Das Recht hierzu wollten die Unternehmervertreter ausdrücklich anerkannt haben. Die als Äquivalent für die jetzt erwähnten Arbeitszeitverlängerungen (nicht etwa auch für die Beseitigung der Einlaufstrafen, Waschzeiten usw.!) angebotene Entschädigung durch eine Lohnzulage kommt gar nicht in Betracht, da sie nur nach wenigen Zehnern rechnet, die natürlich bei der Festsetzung der im allgemeinen geforderten Lohn-erhöhungen von den Unternehmern entsprechend berücksichtigt worden wären. Außerdem würden in den in Frage kommenden Betrieben Neueingestellte zwar die verlängerte Arbeitszeit, nicht aber die entsprechende Lohnzulage für sich vorfinden. Die vorgeschlagene Formulierung wird gekrönt durch die geforderte Anerkennung zucht hausartiger Kontrolleinrichtungen durch die Gehilfenschaft.

In der Aussprache über die Arbeitszeit kam aber noch zum Ausdruck, daß die Unternehmer nicht nur kürzere Arbeitszeiten, sondern auch sonstige günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen, als sie durch die abzuschließenden Vereinbarungen festgesetzt werden, für die Folge nicht mehr ausdrücklich schützen, sondern verschlechtern wollen! Bei dem Abschluß des letzten Kampfes vom Jahre 1906 wurde die Bestimmung, daß bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen von den Abmachungen nicht berührt werden dürfen, auf Veranlassung des früheren Schutzverbandsvorsitzenden als vornehmster und ganz selbst-

verständlicher Leitsatz an die Spitze der damals abgeschlossenen Vereinbarungen gestellt. Bei den Verhandlungen vom 7. Dezember erklärte der neue Schutzverbandsvorsitzende in seinem Gefühl, vollständig Herr der Situation zu sein: „Festzu-legen, daß bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch neue Vereinbarungen nicht berührt werden, ist uns diesmal nicht möglich!"

Zu allem Ueberflusse lehnten es die Unternehmervertreter noch rundweg ab, klar und deutlich „die bestimmte und jede Zweideutigkeit ausschließende Fassung“, die sie für die übrigen Forderungen der Gehilfenschaft in Bereitschaft hatten, bekanntzugeben. Erst wollten sie die schon erwähnten unannehmbaren Zumutungen von den Gehilfenvertretern anerkannt haben, bevor sie in den übrigen Punkten offen und ehelich Farbe bekennen wollten. Dieses Versteckspiel läßt darauf schließen, daß die Unternehmervertreter auch zu den übrigen Forderungen der Gehilfenschaft Zumutungen vorbereitet haben, die so aufreizend sind, daß sie vorerst noch das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen!

Aus diesem Verhalten der Unternehmervertreter und dem ganzen Verlauf der Verhandlungen vom 7. Dezember ergab sich also klar und deutlich folgendes: Die Unternehmer wollen die gegenwärtig geltende Arbeitszeit nicht nur nicht verkürzen, sondern verlängern! Die Unternehmer wollen die Bestimmung der Vereinbarungen von 1906, wonach Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die günstiger als die vereinbarten sind, nicht verschlechtert werden dürfen, für die Folge beseitigen! Die Unternehmer wollen auch in den übrigen Punkten der Gehilfenvorlage nicht das geringste Zugeständnis machen! Angesichts dieser unerhörten Zumutungen ergab sich das Scheitern der Verhandlungen von selbst.

Der Kampf geht also weiter und die Gehilfenschaft des Lithographie- und Steindruckgewerbes ist seit entschlossen, ihn bis zu einem guten Ende durchzuführen. Die Zumutungen der Unternehmer haben in den Reihen der kämpfenden einen Sturm der Entrüstung ausgelöhrt. Die Hoffnung des Schutzverbandes, daß gerade im Hinblick auf das bevorstehende Weihnachtsfest die Streikenden und Ausgesperrten in Scharen zu Kreuze kriechen würden, ist zerschanden geworden. Die Gehilfenschaft steht einig und geschlossen wie am ersten Tage. Die Unternehmer aber werden bald begreifen müssen, daß sie die Widerstandskraft des Gegners viel zu niedrig einschätzten und daß sie sich vor allen Dingen einer schweren, für sie selbst und für das ganze Gewerbe verhängnisvollen Täuschung hingaben, als sie die lokale Anbahnung neuer Verhandlungen durch die Leitung des Arbeiterverbandes als ein Zeichen der Schwäche betrachteten. Die Gehilfenschaft hält durch, bis die Grundlage für einen ehrenvollen Friedensschluß gegeben ist! Das mögen sich die von der Schutzverbandleitung irreföhrteten und scharf gemachten Unternehmer für alle Fälle merken. P. B.

Aus Unternehmerkreisen.

Aus der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände.

Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hielt kürzlich in Berlin ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht des Herrn Dr. Tänzler gehören zurzeit 101 Unternehmerorga-